



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.  
Action Committee Service for Peace-Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41  
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0  
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de  
www.friedensdienst.de

Bank  
BIC  
IBAN

KD-Bank eG Duisburg  
GENODED1DKD  
DE73 3506 0190 1011 3910 16

## ***AGDF: „Wir verurteilen den Hass und stehen an der Seite Israels“***

Bonn, 20. Oktober 2023/dj

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) hat angesichts der jüngsten Zuspitzung des Nahost-Konflikts Deutschland und alle Staaten aufgerufen, sich unter Einbezug der Vereinten Nationen für eine Deeskalation der bewaffneten Auseinandersetzungen, für politische Verständigung und für eine nachhaltige Lösung des Konfliktes einzusetzen, damit ein selbstbestimmter Frieden möglich wird.

„Wir sind entsetzt über die grausamen Terrorangriffe der Hamas. Die islamistische Hamas hat Eltern, Kinder, Babys, alte Menschen abgeschlachtet, vergewaltigte Frauen zur Schau gestellt und Geiseln misshandelt. Diese Verbrechen dürfen niemals relativiert werden; die unfassbare Gewalt gegen Zivilistinnen und Zivilisten ist durch nichts zu rechtfertigen“, betont Christine Busch, die AGDF-Vorsitzende. Die AGDF fordere die Hamas auf, alle Geiseln freizulassen und die Gewalt zu beenden, macht sie klar und erklärt: „Wir verurteilen den Hass, der Israel das Existenzrecht abspricht. Wir stehen an der Seite Israels.“

„Unsere Solidarität gilt den Menschen in Israel, vor allem den von Terror und Verschleppung Betroffenen und ihren Angehörigen. Wir sind in großer Sorge um die Geiseln und um wehrlose Zivilistinnen und Zivilisten, die als menschliche Schutzschilde missbraucht werden“, betont auch Jan Gildemeister, der AGDF-Geschäftsführer. Israel sei völkerrechtlich legitimiert, gegen die Kämpfer der Hamas im Gazastreifen vorzugehen, allerdings führe eine Totalblockade in eine humanitäre Katastrophe, mahnt der Friedensverband. „Wir appellieren an die israelische Regierung, das Völkerrecht einzuhalten. Allen, die humanitäre Hilfe leisten und den Opfern der Gewalt beistehen wollen, muss ein sicherer Zugang ermöglicht werden“, fordert Gildemeister. Und auch die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen, die unter dem Hamas-Regime und der israelischen Blockade leide, brauche humanitäre Unterstützung.

Besorgnis äußert die AGDF über den wachsenden Antisemitismus in Deutschland. So zeige der Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin, dass Anfeindungen gegen jüdische Menschen zunehmen und deren Sicherheit verstärkt geschützt werden müssten. „Unsere Solidarität gilt den jüdischen Menschen in unserem Land. Und unsere Ablehnung gilt denen, die den Terror der Hamas feiern“, unterstreicht die AGDF-Vorsitzende Christine Busch. Dabei sei der AGDF wichtig, dass das Versammlungsrecht für alle die gelte, die gewaltfrei für die Anliegen der Palästinenserinnen und Palästinenser eintreten würden, allerdings ohne Anfeindungen Israels und antisemitische Äußerungen, so die AGDF.

Der Friedensverband weist darauf hin, dass sich Mitgliedsorganisationen der AGDF seit vielen Jahren in Israel und den palästinensischen Gebieten engagieren würden, so die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, der ICJA-Freiwilligenaustausch, die KURVE Wustrow, der Weltfriedensdienst sowie der deutsche Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. „Die AGDF ist getragen von der Überzeugung, dass militärische Gewalt keinen Frieden bringen kann. Aus Gewalt entsteht weitere Gewalt. Frieden, Freiheit und Sicherheit lassen sich nicht mit Gewalt erzwingen – weder für Israel noch für Palästina. Dies hat sich in den letzten Jahren immer wieder sehr deutlich gezeigt“, so AGDF-Geschäftsführer Jan Gildemeister. Unter den AGDF-Mitgliedern bestehe große Einigkeit in der Verurteilung des Terrors der Hamas. Zugleich gebe es aber auch unterschiedliche Perspektiven auf den Nahost-Konflikt. „Die AGDF sieht hier ihre Aufgabe darin, den inhaltlichen Austausch unter den Mitgliedern zu fördern, die Vision eines gerechten Friedens und die Praxis gewaltfreier Konfliktbearbeitung öffentlich zu vertreten“, so Gildemeister.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13